

Die Entstehung des "neuen" demokratischen Medienaktivismus in Südkorea: Struktureller Kontext, Handlungsformen und Akteure¹

Thomas Kern, Sang-hui Nam

Summary

This article deals with the rise of new democratic media activism in South Korea in the 1990s and 2000s. The concept of democratic media activism refers to pro-democratic reform movements that advocate equal access to the mass media – in particular the Internet. While most studies in this field focus on the political consequences of the Internet in South Korea, this article examines the creation of new media practices by individual and collective actors from the social movement sector. The first section discusses the relationship between mass media, public sphere, and democracy from a sociological perspective. The second section provides a historical outline of the media reform movement before the democratic regime change of 1987. The third section describes the change of the media environment after democratization, the diffusion of the Internet, and the rise of new forms of collective protest in the late 1990s. Based on a correspondence and network analysis of major campaigns and protest events, the fourth section presents a social map of new democratic media activism where the leading social agents and their political orientations are identified and described.

Manuscript received on 2009-01-29, accepted on 2009-04-20

Keywords: Südkorea, Medienaktivismus, soziale Bewegung, Demokratisierung, Internet, Korrespondenzanalyse, Netzwerkanalyse

1 Einleitung

Der folgende Artikel beschäftigt sich mit der Entwicklung des neuen demokratischen Medienaktivismus in Südkorea. Dabei handelt es sich um prodemokratische Reformbewegungen, die für einen gleichberechtigten Zugang zu den Massenmedien – insbesondere dem Internet – eintreten. In jüngster Zeit haben sich zahlreiche wissenschaftliche Publikationen intensiv mit den Auswirkungen des Internets auf die politische Landschaft in Südkorea beschäftigt (Hauben 2008, 2005; Shin 2003; Kim 2006). Dabei wird meist auf die enorme Breitenwirkung einzelner Protestkampagnen und die Auswirkungen des so genannten Bürgerjournalismus verwiesen, durch

¹ Wir bedanken uns bei den Gutachtern der Zeitschrift *Asien* für ihre kritischen Hinweise. Die Arbeit an diesem Artikel wurde von der Volkswagen-Stiftung finanziert.

den sich die Medienlandschaft in den vergangenen Jahren grundlegend verändert hat. Den Darstellungen liegt dabei die oft mehr oder weniger unausgesprochene Annahme zugrunde, dass sich die politische Praxis der Bürger wie von selbst aus den technischen Möglichkeiten des Internets direkt ableiten lässt. Diese Form des Technik-Determinismus hat sich in der Soziologie jedoch als unhaltbar erwiesen. Die gesellschaftliche Implementation neuer Technologien unterliegt vielmehr stets einem kulturellen Definitionsprozess, in dem soziale Gruppen mit unterschiedlichen Vorstellungen über die Verwendung einer neuen Technologie aufeinander treffen. Welches Leitbild sich dabei am Ende durchsetzt ist prinzipiell offen.

Der demokratischen Medienreformbewegung wurde in diesem Zusammenhang bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt, obwohl sie einen wesentlichen Einfluss auf die politische Gestaltung des Internets in Südkorea ausgeübt hat. Medienaktivismus unterscheidet sich von konventionellem zivilgesellschaftlichem Aktivismus dadurch, dass es sich bei den Massenmedien nicht um ein beliebiges Instrument zur Verbreitung von Informationen handelt, sondern um ein kollektives Gut das öffentliche Diskussionen und die Kontrolle staatlicher Institutionen in einem demokratischen Umfeld ermöglicht. Ausgangspunkt ist das universale "Menschenrecht auf Kommunikationsfreiheit" (Carroll und Hackett 2006: 97). Soweit Kommunikationsfreiheit zu den grundlegenden Voraussetzungen einer Demokratie gehört, kommt dem Medienaktivismus eine zentrale Bedeutung zu (Kern 2005b). Dies gilt umso mehr für Gesellschaften wie Südkorea, in denen die Demokratie noch vergleichsweise jung ist.

Der Begriff Medienaktivismus bezieht sich normalerweise auf "efforts to change any aspect of the media – its structures and processes, media employment, the financing of media, content, media law, media ownership, access to media" (Carroll und Hackett 2006: 84). Das Engagement ist dabei nicht unbedingt prodemokratisch oder progressiv. Es kann sich auch gegen den gleichberechtigten Zugang etwa ethnischer, religiöser oder anderer sozialer Gruppen zu den Massenmedien richten. Davon ausgehend konzentriert sich der folgende Artikel ausschließlich auf *prodemokratische Reformbewegungen*, die für einen gleichberechtigten Zugang zu den Massenmedien eintreten. Das Spektrum ihrer Aktivitäten reicht dabei von der Medienbildung über politische Proteste bis zur Gründung alternativer Medien. In diesem Sinne prägen sie wesentlich die allgemeinen Zugangsmöglichkeiten zu den Massenmedien und damit auch die besonderen Rahmenbedingungen für das öffentliche Handeln aller sozialen Bewegungen und NGOs. Die demokratische Medienbewegung ist für die Entwicklung der Zivilgesellschaft somit von zentraler Bedeutung.

Die südkoreanische Medienreformbewegung hat sich in den vergangenen vierzig Jahren grundlegend verändert. In den 1950er- und 1960er-Jahren wurde der Medienaktivismus wesentlich von Intellektuellen getragen. Die kollektive Identität der Bewegung war dabei nur schwach ausgeprägt. In den späten 1960er- und 1970er-

Jahren wurde das Feld zunehmend von progressiven Journalisten bestimmt. Im Vordergrund der Auseinandersetzungen stand vor allem die Pressefreiheit. Nach dem demokratischen Regimewechsel von 1987 bildete sich ein "neuer" demokratischer Medienaktivismus. Neue kollektive Akteure wie Internetaktivisten, Linksin-tellektuelle und Gewerkschafter bestimmten zunehmend die Diskussion über Medienreformen. Die Kritik richtete sich dabei vor allem gegen die starke Konzentration des Medienmarktes. Das Ziel bestand in der Demokratisierung der Medien und dem Schutz der Privatsphäre gegenüber staatlichen Eingriffen. In diesem Zusammenhang entwickelten sich auch neue Formen der Berichterstattung und öffentlichen Diskussion.

Davon ausgehend gliedert sich dieser Artikel in vier Teile: Im ersten Teil steht das Verhältnis von Massenmedien, Öffentlichkeit und Demokratie im Mittelpunkt. Im zweiten Teil wird die Entwicklung der Medienreformbewegung bis zum demokratischen Regimewechsel 1987 dargestellt. Im dritten Teil werden die Veränderung der Medienlandschaft, die Ausbreitung des Internets und die Entstehung neuer Formen kollektiven Protesthandelns in den 1990er-Jahren Jahren beschrieben. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die Ausbreitung des Internets. Im vierten Teil steht schließlich die soziale Topographie des neuen demokratischen Medienaktivismus im Mittelpunkt. Auf der Grundlage einer Korrespondenz- und Netzwerkanalyse werden die verschiedenen sozialen Träger der neuen Medienreformbewegung identifiziert und beschrieben.

2 Massenmedien und die Unabhängigkeit der Öffentlichkeit

Generell gilt, dass die Mobilisierungschancen sozialer Bewegungen nicht getrennt von der Pluralität und Vielfalt des öffentlichen Diskurses beurteilt werden können: Je breiter die abgebildete Meinungsvielfalt, desto mehr Möglichkeiten zur Einwirkung auf die Öffentlichkeit stehen offen. Die Unabhängigkeit der Medien ist folglich ein fundamentaler Baustein im "opportunity set" sozialer Bewegungen. Soweit die Konkurrenz um Aufmerksamkeit in der Mediengesellschaft jedoch zunehmend an Bedeutung gewinnt, sind vor allem staatliche Akteure immer wieder versucht, sich einen exklusiven Zugang zu den Massenmedien zu verschaffen. Dies kann durch direkte oder indirekte Eingriffe in die Grundrechte der Meinungs- und Pressefreiheit geschehen. In autoritären Staaten erfolgen solche Versuche in der Regel unverblümt etwa durch die Einrichtung staatlicher Zensurbehörden und die Bedrohung kritischer Journalisten. In Demokratien kommen meist subtilere Methoden zur Anwendung, indem etwa bestimmte Medien gezielt bevorzugt oder benachteiligt werden (Dohnanyi 2003: 49).

Die Freiheit des öffentlichen Diskurses ist aber nicht nur von staatlicher Seite bedroht. In letzter Zeit wird immer häufiger davor gewarnt, dass sich auch die zunehmende Konzentration der Besitzverhältnisse und der damit verbundene Verlust an Pluralität in den Massenmedien auf Dauer zu einer Gefahr für die Unabhängigkeit

des öffentlichen Raums entwickeln könne (Trappel et al. 2002). Gegenwärtig lassen sich in der Medienindustrie hauptsächlich zwei Konzentrationstendenzen erkennen (Dohnanyi 2003: 30-60): An erster Stelle steht die Konzentration der Kontrolle über unterschiedliche Mediensparten wie Fernsehanstalten, Buchverlage, Zeitungsverlage, Webseiten, Radiostationen etc. Ökonomisch macht diese Strategie Sinn, da durch die Standardisierung und Integration von unterschiedlichen Medienformen nicht nur die Produktionskosten beträchtlich sinken, auch das Angebot an Vermarktungsmöglichkeiten etwa für Anzeigenkunden wird größer. An zweiter Stelle steht die grenzüberschreitende Konzentration von Medien im Zusammenhang mit der Globalisierung. Der Erwerb von Besitzanteilen auf mehreren Medienmärkten hat sich für die Unternehmen zu einer wichtigen Überlebensstrategie entwickelt, mit der sich die Abhängigkeit von den einzelnen nationalen Medienmärkten verringert.

Die zunehmende Konzentration der Medien hat oft unerwünschte Konsequenzen. Mit wachsender Größe und Verflechtung der Konzerne nehmen "die Möglichkeiten von Eigentümern, Investoren, Management sowie ihnen nahe stehenden Kreisen zu, nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Interessen durchzusetzen" (Meier 2004: 5). Ordnungspolitische Eingriffe des Staates in den Mediensektor werden mit wachsender Medienkonzentration zudem immer schwieriger, da sich die betroffenen Unternehmen dagegen zur Wehr setzen und ihre Medienmacht teilweise gezielt nutzen, um die politisch Handelnden mit Hilfe von massiver öffentlicher Kritik zu verunsichern. Dadurch erhöhen sich die Kosten für den Markteintritt neuer Konkurrenten und die Einflussmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure werden geringer.

Eine weitere Folge von Konzentrationsprozessen ist die zunehmende Bedeutung der Unterhaltung. Die Medien haben für den Konsumenten nicht nur einen Informations-, sondern auch einen großen Freizeit- und Unterhaltungswert, der im zunehmend heftig geführten Kampf um Marktanteile und Einschaltquoten immer wichtiger wird. Viele Medienunternehmen reagieren auf sinkende Gewinne am Anzeigenmarkt und wachsenden Rationalisierungsdruck, indem sie den investigativen Journalismus auf ein Minimum reduzieren und ihre Nachrichtensparten stattdessen mit den Meldungen einer immer kleineren Zahl von global aufgestellten Nachrichtenagenturen füllen (Boyd-Barrett 2000: 11). In der Folge wird die Politik zum Randthema, während Sensationsmeldungen und Boulevardjournalismus in den Vordergrund rücken. Dabei sind die Grenzen zwischen "realer" und "inszenierter" Wirklichkeit mitunter kaum noch erkennbar (Münch 1991: 95-103). Diese Entwicklung bleibt für die politische Meinungsbildung nicht ohne Folgen (Habermas, *Süddeutsche Zeitung*, 16.5.2007).

Nur wenn die Massenmedien gegenüber politischen Machtinteressen des Staates und ökonomischen Gewinninteressen der Medienindustrie² relativ unabhängig sind,

² Bei Zeitungen und Fernsehsendern etwa durch die strikte Trennung zwischen redaktionellen Entscheidungen und dem Marketing.

haben soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Akteure hinreichende Chancen, sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Folglich wird immer wieder die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der Medien erhoben. Darüber hinaus besteht in der Zivilgesellschaft eine starke Tendenz zur Entwicklung eigener Publikationsorgane (Zeitungen, Newsletter, Faxzeitungen etc.). Insbesondere durch das Internet sind die Kosten für die Verbreitung von Informationen in den letzten Jahren beträchtlich gesunken.³ Weltweit nutzen zahlreiche NGOs und Bewegungen diese Möglichkeit, um eigene Informationsplattformen zu schaffen. Vor allem der so genannte "Bürgerjournalismus" hat sich in einigen Ländern wie beispielsweise Südkorea zu einer ernstzunehmenden Herausforderung für die traditionellen Printmedien entwickelt (Kim 2006).

3 Kampf für Pressefreiheit

Die Geschichte des südkoreanischen Medienaktivismus reicht bis in die 1950er- und 1960er-Jahre zurück. In dieser Zeit wurde die Diskussion über Meinungs- und Pressefreiheit hauptsächlich von Intellektuellen, Schriftstellern, Herausgebern und Zeitungsgeschäftsführern getragen. Kritische Intellektuelle publizierten eigene Zeitschriften, in denen sie immer wieder ihre Stimme gegen die autoritäre Regierung erhoben. Die Autoren kritischer Artikel mussten mit massiven Repressionen rechnen. Normalerweise wurden sie verhaftet und die betreffende Zeitschrift verboten. Obgleich viele Dissidenten keine Journalisten im engeren Sinne waren, legten sie den Grundstein für die Entwicklung einer Bewegung für unabhängige und demokratische Medien. Professionelle Journalisten spielten zunächst eine untergeordnete Rolle. Erst im Konflikt um die Gründung einer Ethikkommission für die Presse – mit der die Regierung ihre Kontrolle verschärfen wollte – meldeten sie sich in der Öffentlichkeit massiv zu Wort und gründeten im August 1964 die koreanische Journalistenvereinigung (*Hanguk Kija Hyöphoe*).

Trotz verfassungsmäßiger Garantie wurde die Pressefreiheit von der Regierung Park Chung-hee (1961–1979) kaum ernst genommen. Zeitschriften und Tageszeitungen unterstanden einer strikten Aufsicht durch die Regierung. Wuch eine Zeitung von den Vorgaben der politischen Führung ab, konnte sie jederzeit von den Behörden geschlossen werden. Strenge Zulassungskriterien hatten zudem den Effekt, dass die Konkurrenz gering und die Medienlandschaft übersichtlich blieb, wovon vor allem die großen Verlage und Medienunternehmen profitierten (Jung 1994: 41). In den späten 1960er-Jahren führte die Regierung ein Belohnungssystem ein, das regimetreuen Medienunternehmen Zugang zu beträchtlichen Privilegien und Subventionen

³ Dies gilt unabhängig davon, ob diese Informationen falsch oder richtig sind. Ein wesentliches Problem des neuen demokratischen Medienaktivismus im Internet besteht gerade darin, die Freiheiten und Möglichkeiten des Internets offen zu halten und dabei zugleich die Qualität ("Richtigkeit") der verbreiteten Informationen sicher zu stellen.

eröffnete. Wer davon abwich, wurde von staatlichen Förderprogrammen ausgeschlossen und hatte dadurch beträchtliche Wettbewerbsnachteile. Darüber hinaus wurden die großen südkoreanischen Konzerne (*Chaebol*) angehalten, keine Werbeanzeigen mehr in den betreffenden Tageszeitungen und Zeitschriften zu schalten. Diese Strategie ging zunächst auf. Regimekritische Nachrichten und Meldungen waren praktisch unmöglich. Dennoch wuchs der Widerstand unter den Journalisten. In den 1970er-Jahren führte eine Revision der Mediengesetze unter Präsident Park Chung-hee zu massiven Protesten. Am 24. Oktober 1974 riefen etwa 130 Mitarbeiter der Tageszeitung *Dong-A Ilbo* ihre Kollegen in einer öffentlichen Erklärung zum Kampf für die Pressefreiheit auf:

"We feel deeply shame at the reality that the restoration of press freedom and the disenchantment of the journalists were claimed from churches and universities outside the press institutions. In fact, the free press is neither permitted by the government authorities nor presented by the masses. To practice the free press is a genuine task of the journalists."⁴

Dieses Ereignis gilt bis heute als Wendepunkt in der Geschichte des demokratischen Medienaktivismus, da die Journalisten von nun an innerhalb der Bewegung eine Führungsrolle übernahmen. Ihr Engagement wurde von zahlreichen Aktivisten, Intellektuellen und einfachen Bürgern unterstützt, indem diese demonstrativ ihre Kleinanzeigen vermehrt bei *Dong-A Ilbo* aufgaben. Ausländische Tageszeitungen und Presseagenturen (American Press, Asahi Shimbun, New York Times, UPI etc.) berichteten zugleich ausführlich über die Methoden der Pressezensur in Südkorea. Trotz aller Unterstützung gaben die Herausgeber von *Dong-A Ilbo* dem Druck der Regierung jedoch nach und entließen im März 1975 alle Journalisten, die an der Erklärung mitgewirkt hatten. Die Dissidenten gaben jedoch nicht auf und organisierten sich in unabhängigen Gruppen, die den Protest weiterführten. Sie klagten vor Gerichten gegen die Entlassungen und forderten in der Öffentlichkeit weiterhin mit Nachdruck die Verwirklichung der Pressefreiheit.

Nach der Ermordung von Präsident Park Chung-hee im Oktober 1979 folgte eine kurze Phase der politischen Liberalisierung, die mit der brutalen Niederschlagung prodemokratischer Proteste in Gwangju durch das Militär jedoch abrupt endete. Die Pressezensur spielte während des Militärputschs eine Schlüsselrolle. Während die internationale Presse umfassend über das brutale Vorgehen des Militärs berichtete, blieb die südkoreanische Bevölkerung weitgehend im Unklaren. Die Demonstranten in Gwangju wurden in den Massenmedien als kommunistische Rebellen dargestellt, die angeblich vom nordkoreanischen Regime gesteuert waren.

In ihren ersten Monaten nach der Machtergreifung wurde jede Opposition im Rahmen einer massiven politischen Säuberungskampagne zum Schweigen gebracht. Davon waren insbesondere auch die Massenmedien betroffen. Bis Ende 1980 wur-

4 Donga Free Press Struggle Support Committee, <http://donga1024.or.kr/>, Zugriff am 27.11.2008.

den schätzungsweise 900 Journalisten aus 40 Zeitungen entlassen, mit Berufsverboten belegt und teilweise in militärischen Umerziehungslagern interniert. 172 vor allem kleinere Zeitschriften wurden "on charges of obscenity and creating social confusion" (Youm 1994: 113) geschlossen. Die neue Regierung von Präsident Chun Doo-hwan (1980–1987) unterzog den Mediensektor einer grundlegenden Neuorganisation und verabschiedete das "Basic Press Law" um ihre Kontrolle über die Medien auszuweiten. Das neue Gesetz beschränkte die Pressefreiheit und die Gründung neuer Zeitungen wurde praktisch unmöglich.

Viele entlassene Journalisten schlossen sich nun dem Netzwerk an, das sich in den 1970er-Jahren im Zusammenhang mit den Protesten bei der Tageszeitung *Dong-A Ilbo* gebildet hatte. In diesem Umfeld wurde im Dezember 1984 das Council for Democratic Press Movement (CDPM)⁵ ins Leben gerufen. Das CDPM entwickelte sich in den folgenden Jahren zur führenden Organisation im Kampf für eine unabhängige Presse in Südkorea. Innerhalb der Demokratisierungsbewegung spielte es ebenfalls eine wichtige Rolle. Im September 1986 gründete das CDPM das zweimal im Monat erscheinende Mitteilungsblatt *Mal*⁶. Die Autoren dieses Blattes kritisierten die Zensurpolitik der Regierung und provozierten einen öffentlichen Skandal, als sie die so genannten "reporting guidelines" (*podo chich'im*) veröffentlichten. Dabei handelte es sich um Zensurrichtlinien, die täglich vom Kulturministerium MCI (Ministry of Culture and Information) an alle Zeitungen des Landes versendet wurden. Ihre Aufgabe bestand darin, "form, contents admissibility of reports about particular incidents, situations, and circumstances" (*Mal*, 06.09.1986, zit. in: Youm 1994: 117) zu regulieren. Die investigativen Berichte von *Mal* förderten die pro-demokratische Orientierung vieler südkoreanischer Journalisten und leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung ihres professionellen Selbstbewusstseins.

4 Transformation der Medienlandschaft und des sozialen Bewegungssektors

4.1 Wandel der Presselandschaft

Nach dem demokratischen Regimewechsel im Jahr 1987 verbesserte sich die Situation der Presse- und Meinungsfreiheit nachhaltig (Peters 2004). Noch im November wurde das bisher geltende "Basic Press Law" durch zwei getrennte Statute ersetzt: den "Act on Registration of Periodicals" (Periodicals Act) and den "Broadcast Act". Beide waren deutlich weniger restriktiv als das frühere Gesetz. Für die staatliche Zulassung von neuen Zeitschriften und Tageszeitungen mussten lediglich einige formale Bedingungen erfüllt werden. Die einzige Instanz, die eine Zeitungslizenz

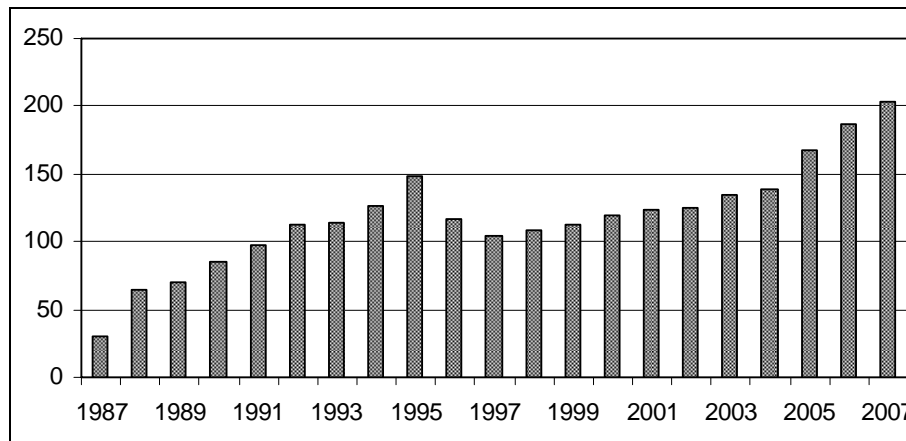
⁵ Das CDPM wurde 1998 in Citizens' Coalition for Democratic Media (CCDM) umbenannt.

⁶ Das koreanische Wort "Mal" bedeutet "Rede" oder "Wort".

wieder entziehen konnte, waren Gerichte (und nicht Behörden). Trotz aller Verbesserungen stand die Unabhängigkeit der Presse dennoch auf schwachen Füßen (Youm 1989: 61-63). Erstens war das MCI unter bestimmten Bedingungen berechtigt, die Zulassung einer Zeitung wieder auszusetzen. Zweitens bedrohte das National Security Law (NSL) potenziell weiterhin alle Bürger – auch Journalisten – mit teilweise hohen Strafen, wenn sie an der Regierung öffentlich Kritik übten. Drittens wies die Medienlandschaft einen ungewöhnlich hohen Grad an Konzentration auf, woran sich bis heute nichts geändert hat. Vor allem der dritte Punkt wird von vielen Aktivisten als Bedrohung für die Pressefreiheit angesehen. Infolgedessen steht der Kampf für eine unabhängige Presse auf der Prioritätenliste der demokratischen Medienreformbewegung noch immer ganz oben.

Durch die Liberalisierung der Mediengesetze wuchs die Zahl der Zeitungen mit regionaler und nationaler Verbreitung nach 1987 in kurzer Zeit rapide an (siehe Abbildung 1). Im Mai 1988 gründeten einige Mitglieder des CDPM die unabhängige Tageszeitung *Hankyoreh*. Das Startkapital wurde durch den Verkauf von Anteilen an Kleinanleger zusammengetragen. Auf diese Weise sollte eine größtmögliche Unabhängigkeit der Redaktion gegenüber den Gewinninteressen der Investoren gesichert werden. Gründungsziel war zum einen die Vergrößerung der Vielfalt in der Zeitungslandschaft, zum anderen verstanden sich die Zeitungsmacher als Avantgarde im Kampf für einen unabhängigen Qualitätsjournalismus. In diesem Sinne spielte die *Hankyoreh* auch bei der Ausbreitung von Internetzeitungen und der Entwicklung neuer Formen des "Bürgerjournalismus" Anfang der 2000er-Jahre eine maßgebliche Rolle (Kern und Nam 2009).

Abbildung 1: Anzahl südkoreanischer Zeitungen (1987–2007)



Quelle: Korean Association of Newspapers, <http://www.presskorea.or.kr/data/statistics01.asp>, Zugriff erfolgte am 20.09.2008.

Ein weiterer Baustein in der Entwicklung des demokratischen Medienaktivismus war die Ausbreitung von Pressegewerkschaften und die Gründung der Korean Federation of Press Unions (KFPU) im November 1988. Die KFPU war der Vorläufer der im Jahr 2000 gegründeten National Union of Media Workers (NUMW). Die Bewegung der Pressegewerkschaften setzte sich nicht nur für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ein, sondern verstand sich auch als führende Kraft im "struggle for democratic media in order to obtain editorial independence against the repressive political authorities and capital owners who obstruct objective reporting"⁷. In den folgenden Jahren beteiligten sich die Pressegewerkschaften aktiv an zahlreichen Kampagnen, in denen sie die redaktionellen Freiheiten gegen politische und ökonomische Eingriffe verteidigten. 1995 gründete die KFPU das monatliche Mitteilungsblatt *Media Today* das bis heute die kritische Analyse der Berichterstattung in den Medien zum Gegenstand hat.

In den 1990er-Jahren veränderte sich der südkoreanische Bewegungssektor – und mit ihm die demokratische Medienreformbewegung – grundlegend. Es entstanden zahlreiche neue Bewegungsorganisationen, deren Ziel größtenteils darin bestand, die junge Demokratie zu stärken und die Liberalisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Im Gegensatz zur Demokratiebewegung der 1980er-Jahre, deren Forderungen hauptsächlich um allgemeine Themen wie Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und Wiedervereinigung kreisten, konzentrierten sich die neuen Gruppen auf spezielle Themen (*single issues*) im Zusammenhang mit Umweltproblemen, Menschenrechten, Arbeitsbedingungen etc. (Chung 2005; Shin 2006; Cho 2006). Die demokratische Medienreformbewegung folgte ebenfalls dieser Strategie und konzentrierte sich zunehmend auf spezielle Probleme des Mediensektors wie etwa strukturelle Defizite des Zeitungsmarktes oder neue Mediengesetze. Darüber hinaus richtete sich die Kritik der Aktivisten häufig gegen die starken konservativen, anti-kommunistischen und neoliberalen Tendenzen in den etablierten Massenmedien.

Trotz aller Fortschritte in der Pressefreiheit haben sich die Marktanteile der drei großen Zeitungsverlage (*Chosun Ilbo*, *Dong-A Ilbo*, *JoongAng Ilbo*) nicht grundlegend verändert. In den vergangenen beiden Jahrzehnten bewegten sie sich konstant zwischen 60 und 70 Prozent. *Hankyoreh* blieb hingegen bei unter fünf Prozent.⁸ Aufgrund abnehmender Gewinne aus Werbeanzeigen und zunehmendem Druck im Gefolge der Asienkrise 1997/98 bauten zahlreiche Zeitungen massiv ihre Belegschaft ab. 34 Prozent der Stellen für Journalisten wurden gestrichen.⁹ Von 1996 bis

⁷ *National Union of Media Workers*, http://media.nodong.org/home_b/info_3.htm, Zugriff am 19.09.2008.

⁸ Der Grund dafür mag zum einen in den Lesegewohnheiten der Konsumenten, zum anderen in massiven Marketingkampagnen liegen, mit denen die großen Verlage ihre beherrschende Stellung auf dem Zeitungsmarkt verteidigten.

⁹ Die statistischen Daten in diesem Abschnitt stammen von der Homepage der Korean Press Foundation, www.kpf.or.kr/eng/html/media/facts_2005.php, Zugriff erfolgte am 31. Oktober 2007.

2006 fiel der Anteil der Zeitungsabonnements von 69 Prozent auf 40 Prozent der Haushalte. Die Zahl der arbeitslosen Journalisten stieg daher beträchtlich. Viele von ihnen sahen im Internet eine Möglichkeit, sich beruflich (neu) zu etablieren. Bei der Ausbreitung des Internetaktivismus spielten sie folglich eine zentrale Rolle.

4.2 Ausbreitung des Internets

Mit der raschen Ausbreitung des Internets Anfang der 1990er-Jahre veränderte sich die technologische und kulturelle Infrastruktur der südkoreanischen Öffentlichkeit. Das Internet zeichnet sich durch eine Reihe von technischen Qualitäten aus, die gerade für zivilgesellschaftliche Akteure mit zumeist nur geringen Ressourcen attraktiv sind. Ein erstes Merkmal betrifft die vergleichsweise niedrigen Zugangskosten. Die für einen Internetauftritt erforderliche Hardware und Software erfordert nur einen Bruchteil der Investitionen, die etwa für den Betrieb einer Sendestation oder einer Zeitung erforderlich sind. Auf dieser Grundlage eröffnete sich zivilgesellschaftlichen Akteuren die Möglichkeit unabhängig von den konventionellen Massenmedien (Presse, Radio, Fernsehen) ein breites Publikum direkt zu erreichen.

Ein zweiter Vorteil ergibt sich aus der Vielzahl von Austauschmöglichkeiten, die das Internet seinen Nutzern bietet. Das klassische Definitionsmerkmal der Massenmedien besteht darin, dass normalerweise zwischen Sendern und Empfängern keine direkte Interaktion stattfindet (Luhmann 1996: 11). Dieses Prinzip wurde durch das Internet radikal aufgebrochen. Zwischen Sendern und Empfängern besteht nun eine Vielzahl von Feedbackmöglichkeiten. Auf dieser Grundlage lassen sich nicht nur Kontakte zwischen einzelnen oder vielen Personen herstellen, der Austausch kann auch gleichzeitig oder ungleichzeitig sowie direkt oder indirekt erfolgen (Sawhney und Lee 2005: 398-401).

Jeder Internetnutzer kann mit seinen Äußerungen und Texten somit eine im Prinzip unbegrenzte Öffentlichkeit erreichen, die wiederum auf seinen Beitrag reagiert. Auf diese Weise ist es möglich, an den klassischen Massenmedien vorbei einen öffentlichen Diskurs anzustoßen, von dem im Prinzip keiner ausgeschlossen werden kann, der über einen Internetanschluss verfügt. Unter dem Stichwort "verteilte Intelligenz" können zudem Texte, Filme und Berichte als gemeinschaftliches Projekt produziert und verteilt werden. Weitere wichtige Qualitäten des Internets wie die Schnelligkeit der Verbreitung von Informationen, die multimediale Verbindung von Ton, Schrift und Bild sowie die nichtlineare Verknüpfung von Webseiten reichen weit über die Möglichkeiten der klassischen Massenmedien hinaus.

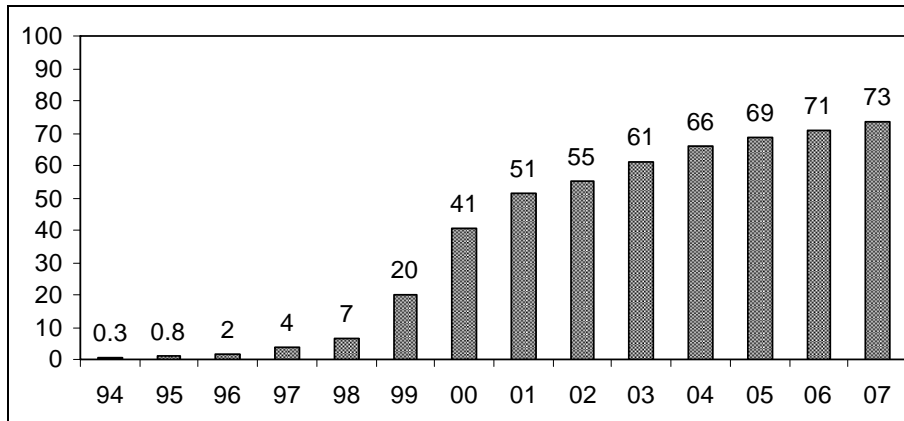
In den 1980er-Jahren begann die südkoreanische Regierung mit dem Aufbau elektronischer Netzwerke zwischen öffentlichen Einrichtungen, Forschungsinstituten und den Universitäten. 1986 wurde dieses Netzwerk erstmals mit dem globalen Internet verbunden. Der Domänenname *.kr wurde bei dieser Gelegenheit erstmals verwendet. In den frühen 1990er-Jahren begannen kommerzielle Unternehmen (Hitel, Chollian, Nownuri) – getrennt vom Internet – damit, PC Online Dienste anzu-

bieten, über die sich die Kunden in geschlossenen Nutzergruppen (Closed User Groups – CUG) organisierten. Innerhalb dieser Netzwerke konnten die Abonnenten Nachrichten austauschen und an Diskussionsgruppen über politische und kulturelle Themen teilnehmen. Bei den Nutzern handelte es sich zumeist um Studenten, Personen mit relativ hohem Bildungsgrad und junge Berufstätige, die in den neuen PC-Netzwerken einen Raum der Deliberation und der freien Diskurse sahen. Die geschlossenen Netzwerke und das Internet wurden weder durch den "Periodicals Act", noch durch den "Broadcast Act" eingeschränkt. Es gab keine Gesetze, die den rechtlichen Status dieses neuen Kommunikationsraums regelten. Infolgedessen genoss der "Cyberspace" ein Vielfaches mehr an Freiheit als die konventionellen Medien und zog dadurch vor allem kritische Intellektuelle, Dissidenten, Bewegungsgruppen und politisch engagierte Studenten an.

In den späten 1990er-Jahren wurde die Schmalbandinfrastruktur zunehmend durch eine effizientere Breitbandtechnologie ersetzt. Die 1998 angetretene Kim Dae-jung Regierung verfolgte das Ziel, Südkorea beim Übergang ins Informationszeitalter an die Spitze zu führen. Unter dem Eindruck der Finanzkrise sollte mit dem massiven Ausbau der Breitbandinfrastruktur der Wirtschaft zudem ein neues Wachstumspotenzial erschlossen werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Gründung kleiner Unternehmen massiv gefördert. Die Stimmung wurde schnell euphorisch und viele risikobereite Bürger versuchten ihr Glück mit dem Internet. In diese Marktlücke strömten auch viele Journalisten, die mit der Gründung neuer Internetzeitungen einen wichtigen Beitrag zur wachsenden Popularität des so genannten "Bürgerjournalismus" leisteten.

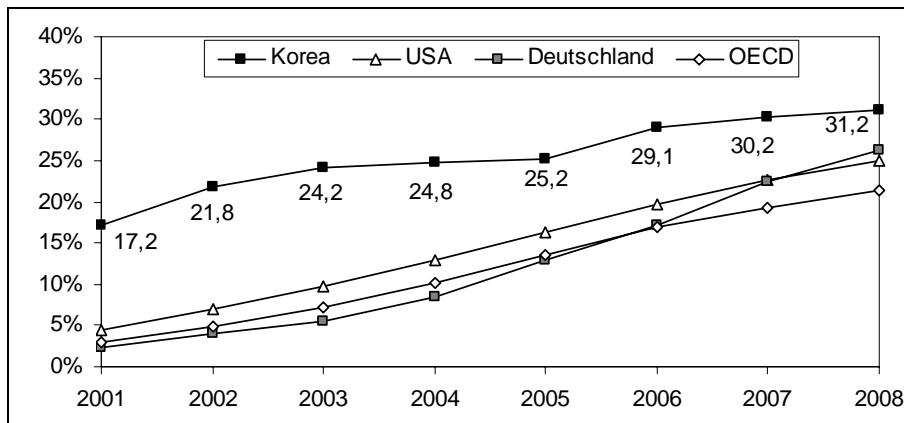
Der Ausbau der Breitbandinfrastruktur erfolgte dabei mit einer enormen Geschwindigkeit. Südkorea gilt heute als einer der weltweit fortschrittlichsten IT-Standorte. Der Anteil der regelmäßigen Internetnutzer stieg von vier Prozent 1997 auf 55 Prozent 2002 (siehe Abbildung 2). Allein zwischen 2001 und 2004 erhöhte sich die Zahl der Hochgeschwindigkeitsanschlüsse an das Internet pro hundert Einwohner von 17 auf knapp 25 Prozent (siehe Abbildung 3). Der OECD-Durchschnitt lag im gleichen Jahr noch bei 10 Prozent. In der Folge entwickelte sich das Internet in kurzer Zeit zu einem integralen Bestandteil des Alltagslebens, besonders in der Generation der 20- und 30-jährigen.

Abbildung 2: Internetnutzer pro 100 Einwohner (1994–2007)



Quelle: (a) National Internet Development Agency of Korea, <http://www.nida.or.kr>, Zugriff am 04.01.2009 (Anzahl der Internetnutzer); (b) National Statistical Office of Korea, <http://www.kosis.kr>, Zugriff am 04.01.2009 (Bevölkerungszahl).

Abbildung 3: Internet-Breitbandanschlüsse pro 100 Einwohner (2001–2006)



Quelle: OECD Broadband Statistics to December 2006, <http://www.oecd.org/>, Zugriff am 04.01.2009.

4.3 Neue Formen kollektiven Protesthandelns

Zur ersten Konfrontation zwischen der wachsenden Gemeinschaft der Internetbenutzer und dem Staat kam es 1994 mit der Schließung progressiver Diskussionsgruppen (Closed-User-Group – CUGs) innerhalb des Netzwerks von Chollian durch die Behörden. Auf der Grundlage des NSL und anderer Gesetze verschärfte die Regierung ihre Aufsicht über die Netzwerke Mitte der 1990er-Jahre. 1996 setzte die

Kim Young-sam Regierung eine Arbeitsgruppe ein, deren Ziel es war, "to map out measures to 'uproot leftist elements' following the rapid spread of the postings on the computer networks, due to the anonymity they provide" (*Korea Times*, 06.07.1996). Die Maßnahmen der Regierung richteten sich besonders gegen die Korean Federation of Student Councils (*Hanchongryeon*), die in diesen Jahren mit ihrer Kritik an der Wiedervereinigungspolitik und Protestkampagnen gegen die USA immer wieder für Aufregung sorgte. Zahlreiche Gesetze (zum Beispiel das "Electronic Communication Business Law" und der "Korean Communication Decency Act"), die insbesondere auf die Regulierung des Internets abzielten, wurden in dieser Zeit überarbeitet oder neu implementiert. Immer wieder wurde auch die inhaltliche Bewertung von Webseiten ("content rating system") und Preisgabe des wirklichen Namens der Verfasser von Beiträgen ("real name system") diskutiert. In diesem Zusammenhang kam es zu zahlreichen Protestkampagnen.

Mit der Einführung der Breitbandtechnologie änderte sich nicht nur die technologische Architektur elektronischer Netzwerke, auch die soziale Struktur wurde grundlegend neu organisiert. Die alten "Closed-User-Groups" lösten sich in relativ kurzer Zeit auf und wurden durch offene Netzwerke ersetzt, in denen sich die rasch anwachsende Gemeinde der Internetnutzer zusammenschloss. In diesem Zeitraum entdeckten auch NGOs und Bewegungsorganisationen den Cyberspace zunehmend als Medium der sozialen Koordination und politischen Mobilisierung (Lee 2005; 1959; Ducke und Lee 2004). Das Internet bildete einen alternativen öffentlichen Raum in dem Aktivisten Informationen verbreiten und alle möglichen Themen diskutieren konnten. Dabei erzielten sie eine Reichweite, die alle bisherigen Möglichkeiten der Massenkommunikation in den Schatten stellte. Die bisher bekannteste und erfolgreichste Internetkampagne erfolgte im Jahr 2000 als die Citizens Alliance for the General Election (CAGE, *Chongseon Simin Yeondae*) – ein Bündnis aus mehr als 450 zivilgesellschaftlichen Organisationen – zur Parlamentswahl eine schwarze Liste mit den Namen von Kandidaten veröffentlichte, die von den NGOs als moralisch ungeeignet eingestuft wurden (Shin 2003).¹⁰ Die Kampagne wurde von vielen Beobachtern und Teilnehmern als ein großer Erfolg bewertet: Von 86 Kandidaten fielen bei der Wahl 59 durch, darunter 15 der 22 "problematischsten" Fälle.

In kurzer Zeit entwickelte sich das Internet zu einem wirkungsvollen Instrument für zivilgesellschaftliche Kampagnen und Proteste. Im Jahr 2000 rief eine kleine Gruppe von Abgeordneten und Anhängern des späteren Präsidenten Roh Moo-hyun in einem Internet-Cafe in Daejeon die *Nosamo*-Kampagne ins Leben (Roh 2002; Hau-

¹⁰ Die Bewertung der Kandidaten beruhte auf den folgenden Kriterien: "Conviction for taking bribes, conviction for violating election laws, provocation of regional animosity to obtain support from voters in a specific region, frequent switching of party affiliation, speculative investment in real estate, serving as a member of the National Security Council's legislative committee under the authoritarian regime of Chun Doo Hwan, taking expensive foreign trips, and making statements unbecoming to a lawmaker" (Shin 2003: 704).

ben 2008). Ihre Ziele waren unter anderem die Unterstützung des progressiven Präsidentschaftskandidaten Roh und die Überwindung des vorherrschenden Regionalismus in Südkorea. Während der Vorwahlen innerhalb der Demokratischen Partei (*Minjudang*) entwickelte sich die Website von *Nosamo* zu einem offenen Forum, in dem politische Meinungen ausgetauscht und Ideen frei diskutiert werden konnten. Eine wachsende Zahl so genannter "Netizens" beteiligte sich an diesen Aktivitäten und die Mitgliederzahl der Organisation wuchs rasch auf weit über 100.000 an. Obgleich sie keine substantielle Machtbasis innerhalb der Demokratischen Partei hatte und von der Presse nicht nennenswert unterstützt wurde, erreichte die Kampagne über das Internet mit ihren Themen eine breite Öffentlichkeit. Das Internet entwickelte sich auf diese Weise zu einem parallelen Diskursuniversum, in dem die überwiegend progressiven Anhänger von Roh die Themen des Wahlkampfs bestimmten.

Im Jahr 2002 spielte das Internet bei den so genannten Lichterkettendemonstrationen (*Chosbul Jibhoe*) im Zusammenhang mit dem Tod zweier koreanischer Schulmädchen, die von einem US-amerikanischen Militärfahrzeug bei einer Übung überfahren worden waren, ebenfalls eine zentrale Rolle (Hauben 2008; Kern 2005a). Das Ereignis wurde in der Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommen. Selbst nachdem ein US-Gericht die beiden verantwortlichen Soldaten freigesprochen hatte, gab es in Südkorea nur wenige Proteste. Diese Ausgangssituation änderte sich jedoch als ein so genannter "Bürgerreporter" auf der Website der Internet-Zeitung *Ohmynews* am 27. November – wenige Wochen vor den Präsidentschaftswahlen – zur Demonstration gegen die Freilassung der beiden US-Soldaten aufrief. Durch den Aufruf veränderte sich die politische Landschaft. Nur vier Tage später demonstrierten Bürger in zahlreichen Städten gegen die Entscheidung des US-Gerichts und verlangten eine Wiederaufnahme des Verfahrens. In den folgenden Wochen beteiligten sich Hunderttausende an den Protesten. Es ist anzunehmen, dass diese Kampagne einen maßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis der Präsidentschaftswahl im Dezember 2002 ausübte.

In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu ähnlichen Massenmobilisierungen, bei denen das Internet eine Schlüsselrolle spielte: die Proteste gegen das Amnestieverfahren gegen Präsident Roh (2004); den Stammzellenskandal des Wissenschaftlers Hwang Woo-suk (2005), die Proteste gegen das US-koreanische Freihandelsabkommen (2006-2007) und die Aufhebung von Importbeschränkungen für US-amerikanisches Rindfleisch (2008).

5 Soziale Topographie des "neuen" demokratischen Medienaktivismus

In den 1990er-Jahren bildete das Internet die technische Infrastruktur für die Entwicklung neuer Formen kollektiven Protesthandelns in Südkorea. Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg von Internetkampagnen war jedoch der freie Zugang zu dem neuen Medium. An dieser Stelle spielte der demokratische Medienaktivis-

mus eine wichtige Rolle. Im Unterschied zu früheren Diskussionen über die Pressefreiheit, bei denen zumeist Journalisten im Mittelpunkt standen, forderten die Aktivistinnen nun eine größere Beteiligung der einfachen Bürger beim Sammeln, Berichten, Analysieren und Verteilen von Nachrichten und Informationen (Bowman und Willis 2003: 9). Sie kritisierten die ungleiche Verteilung von Macht und Einfluss zwischen den etablierten Massenmedien und ihrem Publikum und verlangten mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für die Bürger (Kidd 2003; Deuze 2005). Die schnelle Ausbreitung des neuen Medienaktivismus war eng verbunden mit den Möglichkeiten, die das Internet bot. Zwischen dem "neuen" und "alten" Medienaktivismus bestanden dabei viele Gemeinsamkeiten: Sie teilten die Einschätzung, dass die starke Konzentration des Medienmarktes und der große Einfluss des Boulevard-Journalismus eine ernste Bedrohung für die noch junge Demokratie darstellen. Ebenso stimmten sie darin überein, dass dieser Missstand nur behoben werden kann, wenn die Bürger im öffentlichen Diskurs stärker mitwirken als bisher. Beide gingen jedoch in der Frage auseinander, welche Rolle der professionelle Journalismus in diesem Prozess spielen soll: Während der alte Medienaktivismus den Journalisten bei der Auswahl und Darstellung von Nachrichten und Meinungen im öffentlichen Raum weiterhin eine Schlüsselrolle zuschrieb, setzte der neue Medienaktivismus auf die direkte Beteiligung der Bürger.

Wer waren die führenden Träger des "neuen" Medienaktivismus? Was waren ihre Leitbilder? Diese Fragen sollen im Folgenden mit der Auswertung von sieben bedeutenden Koalitionen und Kampagnen¹¹ beantwortet werden, die zwischen 1995 und 2002 stattgefunden haben (siehe Tabelle 1).¹² In diesem Zeitraum erfolgten die wesentlichen Weichenstellungen für die Entwicklung des neuen Medienaktivismus. Die Gesamtzahl der Gruppen und Organisationen, die sich an diesen Kampagnen beteiligten betrug 140 (ohne mehrfache Mitgliedschaften). Entsprechend ihrer Themenorientierung wurden die Organisationen im Verlauf des Auswertungsprozesses

¹¹ Die Auswahl der Kampagnen beruhte auf zwei Kriterien: (1) Das Protestthema musste eindeutig im Bereich demokratischen Medienaktivismus liegen. Kampagnen gegen das *National Security Law* wurden hingegen ausgelassen, da sie zu viele Gruppen umfassen und daher vermutlich kaum einen Einfluss auf die spezifische Entwicklung der demokratischen Medienbewegung ausübten. (2) Die Formen kollektiven Handelns sollten ein breites Spektrum abdecken, das neben der Koalitionsbildung Protestkampagnen, öffentliche Erklärungen, Pressekonferenzen und Straßendemonstrationen umfasst. In allen Fällen bestand eine enge Verbindung zwischen kollektivem Handeln und der Bildung von breiten Dachorganisationen (Diani 2004).

¹² Die folgende empirische Analyse basiert auf folgenden Quellen: (1) Dem von der NGOTimes (2004) herausgegebenen Band "Korean Civil Society and NGOs 1987-2002", der eine chronologische Übersicht über 15 Jahre Zivilgesellschaft in Südkorea enthält. (2) Dem "Cyber NGO Resource Center", einer Internet-Datenbank des "Institute of Democracy and Social Movement" der Sung-Kong-Hoe University in Seoul. Diese Datenbank bietet einen chronologischen und kategorialen Überblick über die Demokratiebewegung. Den umfangreichen Informationen sind oft Originaldokumente angefügt. (3) Das Internet "Database Search System related with Democracy Movement" der Korea Democracy Foundation enthält eine große Sammlung historischer Dokumente über Protestgruppen und -kampagnen. (4) Zwei Ausgaben der von der Civil Union Against Censorship herausgegebenen "The White Paper Against Censorship" (1997; 2000).

in elf Gruppen eingeteilt: Non-Profit Online Service Provider (11), Online Gemeinschaften (15), Multi-Issue Organisationen (8), Menschenrechtsbewegung (27), Arbeiterbewegung (14), Kulturreformbewegungen (23), Pressereformbewegung (19), Wiedervereinigungsbewegung (8), Umweltbewegung (3), Frauenbewegung (3) und Gruppen aus dem akademischen Bereich (9).

Tabelle 1: Ausgewählte Protestereignisse und Koalitionen der demokratischen Medienreformbewegung (1995–2002)

Ereignis	Name der Koalition	Anzahl der Gruppen	Gründungsdatum
1	Solidarity for Progressive Information and Communication	15	08.1995
2	Civil Union against Censorship	23	07.1996
3	LaborMedia Committee	21	11.1997
4	People's Coalition for Media Reform	36	08.1998
5	Collaboration Action Group against Information and Communication Censorship	29	07.2000
6	Citizens' Coalition against Chosun-Ilbo	38	09.2000
7	Joint Committee against Government Internet Censorship	52	07.2002

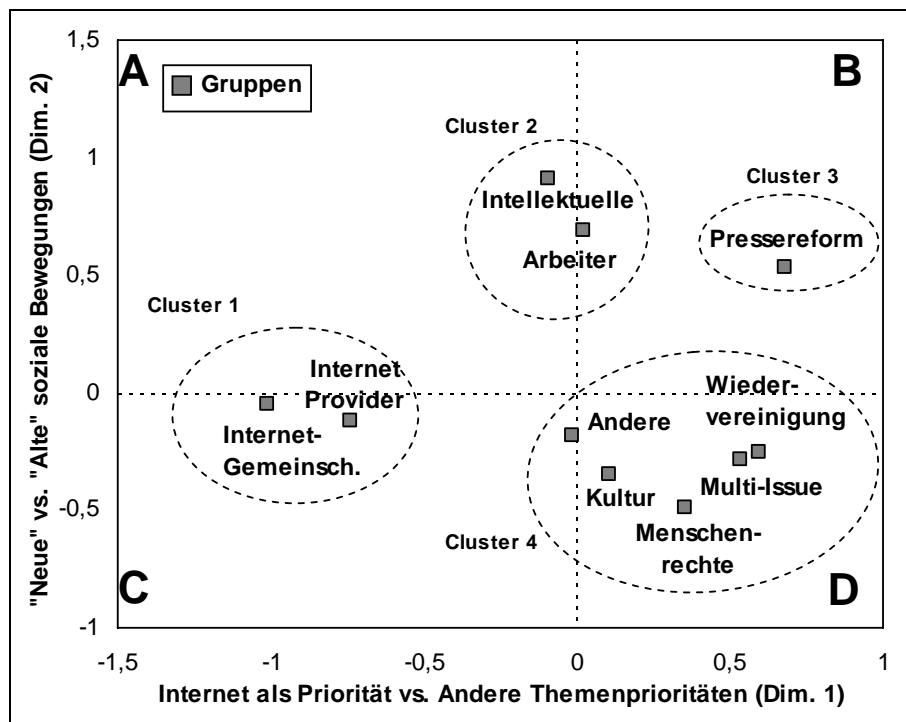
Quelle: Eigene Darstellung.

Diese Daten bildeten die Grundlage für eine *Korrespondenzanalyse*, mit der die Kooperationsmuster zwischen den Akteuren innerhalb des Netzwerks der demokratischen Medienreformbewegung identifiziert werden sollen. Durch das Verfahren der Korrespondenzanalyse lassen sich komplexe Strukturen erfassen, indem die Rohdaten durch eine einfachere Datenmatrix ersetzt werden, ohne dass dadurch wesentliche Informationen verloren gehen (Clausen 1998: 1). Die gewonnenen Daten lassen sich visuell als Punkte in einem Raum abbilden, wobei Variablen mit ähnlicher Verteilung als einander nahe liegende Punkte erscheinen. Variablen mit abweichenden Verteilungen liegen dagegen weit auseinander. Die beiden Achsen lassen sich als *Dimensionen* (Faktoren) interpretieren, mit denen sich die Position eines Punktes innerhalb des Raums *erklären* lässt. Die erste Dimension erklärt dabei den größten Anteil der Varianz, die zweite Dimension den zweitgrößten Anteil etc. Auf dieser Grundlage ist es möglich, die Topographie eines sozialen Raums zu bestimmen (Bourdieu 1993).

Die Details der Korrespondenzanalyse sollen an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. Die folgenden Darstellungen konzentrieren sich auf die ersten beiden Dimensionen, die zusammen 74 Prozent der Gesamtvarianz erklären. Davon ausge-

hend bietet Abbildung 4 einen Überblick über die Verteilung der Gruppen im sozialen Raum des demokratischen Mediennetzwerks. Die erste (horizontale) Dimension, die das Verhältnis der beteiligten Gruppen zum Internet ausdrückt, erklärt 43 Prozent der Gesamtvarianz: Für die Akteure in den Feldern A und C steht das Internet im Zentrum ihrer Aktivitäten. Dabei handelt es sich größtenteils um Internetgemeinschaften (Online Communities) und nichtkommerzielle Anbieter von Internetzugängen (Internet Service Provider). Für beide hat das Internet nicht nur eine instrumentelle, sondern auch eine konstitutive Funktion. Das heißt, ihre kollektive Identität ist stark vom Internet beeinflusst. Einschränkungen der Kommunikationsfreiheit im Internet wirken sich direkt auf das soziale Leben in diesen Gemeinschaften aus. Von hier leitet sich die Motivation für das Engagement in der demokratischen Medienbewegung ab.

Abbildung 4: Sozialer Raum des demokratischen Mediennetzwerks (1995–2002)



Quelle: Eigene Darstellung.

Demgegenüber betrachten die Gruppen in den Feldern B und D das Internet stärker unter instrumentellen Gesichtspunkten. Ihre Aktivitäten konzentrieren sich nicht auf das Internet selbst. Die neuen Koordinations- und Kommunikationsmöglichkeiten werden vielmehr in den Dienst einer anderen Sache – Menschenrechte, Wiederver-

einigung, kulturelle Reformen etc. – gestellt. Es handelt es sich hier somit nicht um Träger von Internetaktivismus im engeren Sinne. Die Aktivisten unterstützen die Kampagnen und Proteste der demokratischen Medienreformbewegung vielmehr, weil sie dadurch nicht zuletzt ihre eigenen Zugangschancen zum öffentlichen Raum erhalten oder verbessern. Diese Gruppen betreten das Feld des neuen demokratischen Medienaktivismus größtenteils erst zu Beginn der 2000er-Jahre.

Die zweite (vertikale) Dimension erklärt 30 Prozent der Gesamtvarianz und bildet die politische Orientierung ab: Während die Gruppen in den Feldern A und B ideologisch der (alten) Demokratie- und Arbeiterbewegung der frühen 1980er-Jahre nahe stehen, lassen sich die Gruppen in den Feldern C und D dem Sammelbecken der so genannten "neuen" sozialen Bewegungen zuordnen, die nach dem demokratischen Regimewechsel in den späten 1980er- und 1990er-Jahren entstanden sind.¹³ In der einschlägigen Diskussion werden diese Gruppen auch oft als "Citizen Movement"¹⁴ bezeichnet. Im ersten Fall kritisierten die Akteure, dass die konventionellen Massenmedien in ihrer Berichterstattung die konservativen Parteien und großen Unternehmen (*Chaeböl*) einseitig bevorzugen. Sie betrachteten das Internet als eine Möglichkeit, die Interessen der Arbeiterklasse im öffentlichen Raum stärker als bisher zu repräsentieren. Für die Gruppen innerhalb der neuen sozialen Bewegungen stand demgegenüber der Schutz der individuellen Privatsphäre vor staatlichen Übergriffen, Kontroll- und Zensurmaßnahmen im Vordergrund. In diesem Sinne ging es den beteiligten Aktivisten weniger darum, den öffentlichen Raum für die Interessen der Arbeiterklasse zu öffnen. Das Ziel bestand vielmehr darin, die Unabhängigkeit der öffentlichen Sphäre zu bewahren, indem eine möglichst große Vielfalt von unterschiedlichen Standpunkten und Meinungen zugelassen wird.

Mit Blick auf die Verteilung der Gruppen innerhalb des Feldes lassen sich in der Abbildung vier verschiedene Cluster unterscheiden: Internetaktivisten (C1), Linksinтеллектуelle und Arbeiteraktivisten (C2), Journalisten und Pressereformaktivisten (C3) sowie Organisationen der neuen sozialen Bewegungen (C4). Die wesentlichen Merkmale dieser Cluster lassen sich wie folgt beschreiben:

- *Internetaktivisten*: Die Internetaktivisten verdanken ihre Existenz in hohem Maße dem Internet selbst. Soweit jeder Eingriff des Staates in diesen Kommu-

¹³ Die Unterscheidung zwischen "alt" und "neu" bezieht sich hier ausschließlich auf die sozialen Bewegungen vor und nach dem demokratischen Regimewechsel von 1987 in Südkorea. Es wird ausdrücklich nicht auf die soziologische Diskussion über die "Kulturorientierung" der so genannten "neuen sozialen Bewegungen" in Westeuropa und Nordamerika in den 1980er-Jahren Bezug genommen (Kern 2008; Raschke 1988). Obgleich sich gewisse Analogien erkennen lassen, zeichnen sich die südkoreanischen neuen sozialen Bewegungen weiterhin durch eine starke "Machtorientierung" aus.

¹⁴ Für die neuen sozialen Bewegungen, die nach dem demokratischen Regimewechsel von 1987 immer mehr an Einfluss gewannen, hat sich der Begriff der "Bürgerbewegung" (Citizen Movement) etabliert (Kim 2006; Cho 2006; Shin 2006). Sie unterscheiden sich von der Minjung Demokratiebewegung aus den 1980er-Jahren vor allem durch ihren hohen Grad an thematischer Spezialisierung (Frauen, Umwelt, Menschenrechte etc.) und durch eine weniger ablehnende Haltung gegenüber dem demokratischen Staat.

nikationsraum das soziale Leben dieser Gruppen und Gemeinschaften beeinflusst, reagieren sie darauf zumeist empfindlich. Auf der horizontalen Achse des Koordinatensystems sind sie folglich weit auf der linken Seite platziert. Ihre Kampagnen zielten hauptsächlich auf den Schutz der Meinungsfreiheit und der Privatsphäre im Internet. Internet-Kommunikation gilt den Aktivisten als Menschenrecht und jede Form der Internet-Zensur wird grundsätzlich abgelehnt. Auf der vertikalen Achse – der politischen Orientierung – stehen die Internetaktivisten zwischen den alten und neuen sozialen Bewegungen. Infolgedessen spielten sie als Vermittler zwischen beiden Segmenten des südkoreanischen Bewegungsektors oft eine wichtige Rolle. Die einflussreichsten Gruppen aus diesem Cluster sind *Jinbonet* und *Daejabo*. *Jinbonet* wurde 1997 von Gewerkschaftsaktivisten als nichtkommerzieller und unabhängiger Anbieter von Internetzugängen ins Leben gerufen, um den Austausch zwischen der Arbeiterbewegung und anderen Gruppen der Zivilgesellschaft zu verbessern. Ein weiteres Ziel war der Schutz des Internets gegenüber zunehmenden Einflüssen des Staates und der großen südkoreanischen Konzerne. *Jinbonet* ist bis heute ein führender Akteur innerhalb der neuen demokratischen Medienreformbewegung. *Daejabo* wurde im Januar 1999 von progressiven Intellektuellen als eine der ersten Internet-Zeitungen ins Leben gerufen. Obgleich die Zeitung nie eine große Leserschaft erreichte, spielte sie im Feld des Internetaktivismus zeitweise eine wichtige Rolle. Im Jahr 2002 trennten sich die Sympathisanten des Präsidentschaftskandidaten Roh von *Daejabo* und gründeten die erfolgreiche Diskussionsplattform *seoprise.net*. Die verbleibenden Mitglieder unterstützten den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Arbeiterpartei (*Minju Nodongdang*).

- *Linksintellektuelle und Aktivisten der Arbeiterbewegung*: Diese Gruppen betreten das Feld des neuen Medienaktivismus vergleichsweise früh: Wie oben bereits erwähnt, engagierten sich Intellektuelle und Studenten bereits in den frühen 1990er-Jahren im Internet. Die Arbeiterbewegung nutzte das neue Medium auf breiter Basis erstmals im Zusammenhang mit dem großen Generalstreik der Korean Confederation of Trade Unions (KCTU) im Winter 1996/1997. Aktivisten initiierten über das Internet eine "Trauerflor"-Kampagne, in der sie ihre Sympathisanten weltweit dazu aufriefen, als Zeichen der Unterstützung für den Streik auf ihren Webseiten eine schwarze Schleife (als Symbol der Trauer über die Arbeitnehmerpolitik der damaligen Kim Young-sam Regierung) zu platzieren. Die Kampagne war ein durchschlagender Erfolg. Dadurch ermutigt luden führende Gewerkschaften und Arbeitergruppen 1997 Aktivisten aus der ganzen Welt zur "International LaborMedia'97" Konferenz nach Seoul ein, um das Po-

tenzial des Internets für die Arbeiterbewegung zu diskutieren.¹⁵ Die für unseren Zusammenhang wichtigste Folge dieser Konferenz war die Gründung der beiden Netzwerke *Jinbonet* und *Nodongnet*. Das Forum *Nodongnet* konzentrierte sich auf die Stärkung von nationalen und internationalen Beziehungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Die einflussreichsten Gruppen aus dem Cluster der Linksintellektuellen und der Arbeiterbewegung waren die KCTU, die National Association of Professors for a Democratic Society (NAPDS) und die in Südkorea mittlerweile verbotene Studentenorganisationen Korean Federation of Student Councils (*Hanchongryeon*).

- *Progressive Journalisten und Pressereformgruppen*: Diese Gruppen konstituieren das dritte Cluster im Feld des demokratischen Medienaktivismus. Die Position der Gruppen auf der horizontalen Achse deutet darauf hin, dass das Internet in erster Linie instrumentell etwa als Medium zur Verbreitung von Nachrichten angesehen wurde. In diesem Zusammenhang gingen wichtige Impulse zur Entstehung und Ausbreitung des so genannten Bürgerjournalismus gerade von diesen Gruppen aus – etwa durch Schulungsangebote für Amateurjournalisten (Kern und Nam 2009). Ein weiteres Merkmal ist die relativ große Nähe zur Gruppe der Arbeiteraktivisten und Linksintellektuellen. Der Grund dafür besteht darin, dass der alte Medienaktivismus traditionell eng mit der Pressegewerkschaftsbewegung verbunden ist. Die wichtigste Gruppe aus diesem Cluster ist die Citizen's Coalition for Democratic Media (CCDM). Ihre Entwicklung wurde weiter oben ausführlich dargestellt.
- *Organisationen der neuen sozialen Bewegungen*: Obgleich diese Gruppen das Internet sehr erfolgreich für ihre jeweiligen Kampagnen nutzten, betraten sie das Feld des Medienaktivismus größtenteils erst mit dem Ausbau des Breitbandinternets gegen Ende der 1990er-Jahre. Die einflussreichsten Akteure in diesem Cluster waren die National Alliance for Democracy and Reunification of Korea (NADRK), Cultural Action (CA) und die Menschenrechtsorganisation *Sarangbang*. Die Gruppen engagierten sich in großen Kampagnen gegen die konservative Mainstream-Presse ("*Chosun-Ilbo* – Klage mich an!") und staatliche Eingriffe in das Internet. Der demokratische Medienaktivismus stand für sie – ähnlich wie in der Arbeiterbewegung – dennoch nicht im Mittelpunkt. Ihnen ging es auch weniger um den Aufbau einer alternativen Öffentlichkeit, sondern um den Schutz der Privatsphäre und die Stärkung der demokratischen Partizipation.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich der neue demokratische Medienaktivismus nicht nur grundlegend von früheren Formen des Protesthandelns unterschied; mit der Ausbreitung des Internets betraten vollkommen neue Akteure das

¹⁵ In den folgenden Jahren fanden in unregelmäßigen Abständen in Seoul weitere Labormedia Konferenzen mit ähnlicher Fragestellung statt.

bisher von Journalisten dominierte Feld. Der neue Medienaktivismus wurde wesentlich von kollektiven Akteuren initiiert, die sich über das Internet organisierten, und entfaltete sich schließlich im Schnittpunkt von Internetgruppen, Arbeiterbewegung, neuen sozialen Bewegungen und Journalisten. Diese Gemengelage bildete auch den Ausgangspunkt für die Entstehung des Bürgerjournalismus, durch den sich die Medienlandschaft in Südkorea bis heute nachhaltig verändert hat (Kern und Nam 2009).

6 Schluss

Die vorangehende Analyse hat deutlich gemacht, dass sich der rasante Bedeutungszuwachs des Internets in den späten 1990er-Jahren erstens aus frühen experimentellen Umgangsformen mit dem Internet im Netzwerk von nichtkommerziellen Internetdienstleistern und -gemeinschaften ableitete. Eine wichtige Rolle spielte dabei die frühe Konfrontation mit dem Staat. Für die betroffenen Gruppen hatte das Internet eine konstitutive Funktion, weshalb sie ein starkes Interesse daran hatten, sich der wachsenden Kontrolle durch den Staat zu entziehen beziehungsweise sich staatlichen Regulierungsversuchen zu widersetzen. Linksintellektuelle, Studenten und die Arbeiterbewegung spielten ebenfalls eine wichtige Rolle. Mit der Gründung unabhängiger und nichtkommerzieller Internetdienstleister wie *Jinbonet* wirkten sie maßgeblich am Aufbau einer von Staat und Wirtschaft relativ unabhängigen Infrastruktur mit, in der sich soziale Bewegungen und NGOs entfalten konnten. Mit ihren Diskussionsbeiträgen und Artikeln zogen viele Linksintellektuelle zudem die öffentliche Aufmerksamkeit auf zivilgesellschaftliche Webseiten und Diskussionsforen im Internet (Kern und Nam 2009). Im Unterschied zu konventionellen Internetgruppen verfolgten sie gezielt den Aufbau einer *alternativen* Öffentlichkeit, in der kontroverse Themen (Wiedervereinigung, Arbeitskonflikte etc.) diskutiert werden konnten, die vom Mainstream der Massenmedien aus ideologischen Gründen ausgeschlossen waren.

Progressive Journalisten spielten in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie sahen im Internet hauptsächlich ein Medium der Verbreitung von Nachrichten und Informationen. Ihr Einfluss spielte bei der Entstehung des Bürgerjournalismus eine wichtige Rolle. Als vierte Kraft wurden schließlich zunehmend auch Organisationen der neuen sozialen Bewegungen auf dem Feld des demokratischen Medienaktivismus aktiv. Bei ihnen standen der Schutz der Privatsphäre und die Vielfalt der Medienlandschaft im Vordergrund. Im Schnittpunkt dieser vier Gruppierungen – Internetaktivisten, Arbeiterbewegung, Journalisten und neue soziale Bewegungen – wurde der Einfluss des Internets auf die politische Landschaft Südkoreas geprägt. Weitere Bestimmungsfaktoren waren, neben den technischen Qualitäten des Internets, die starke Konzentration der Medienlandschaft, das Kontrollinteresse des Staates, die Asienkrise und der massive Ausbau der Breitbandinfrastruktur gegen Ende der 1990er-Jahre.

Aus dieser Konstellation heraus entfaltete das Internet in Südkorea eine politische Durchschlagskraft, die zum Vergleich etwa in Deutschland und anderen westlichen Ländern in dieser Form ausgeblieben ist. An diesem Punkt stellt sich die Frage nach der weiteren Entwicklung der demokratischen Medienbewegung. Ohne Zweifel bildet der Kampf um Zugangschancen zur Öffentlichkeit in Südkorea auch in Zukunft eine wesentliche Konfliktlinie zwischen zivilgesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Akteuren. Die Medienpolitik hat sich zu einem zentralen Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung entwickelt. Unter der gegenwärtigen konservativen Regierung wurde beispielsweise die Privatisierung staatlicher Fernsehkanäle beschlossen während zugleich den großen Medienkonzernen – die bereits den Zeitungsmarkt dominieren – der Eintritt ins Fernsehgeschäft erlaubt wird. Die Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Gruppen im Internet wurden gleichzeitig stark beschränkt. Unter diesen Bedingungen befürchten viele Medienaktivisten erneut eine Einschränkung der Meinungsvielfalt, Qualitätsverluste bei der Berichterstattung, Selbstzensur von Journalisten und die Marginalisierung gesellschaftskritischer Kräfte. Damit wird deutlich, dass die demokratische Konsolidierung Südkoreas noch lange nicht abgeschlossen ist. Soweit die Unabhängigkeit der Medien für die demokratische Entwicklung des Landes von zentraler Bedeutung ist, dürfte die demokratische Medienbewegung auch in Zukunft eine bedeutsame Rolle spielen.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1993): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt: Suhrkamp
- Bowman, Shayne, und Chris Willis (2003): *We Media. How Audiences are Shaping the Future of News and Information*. Reston, VA: The Media Center at The American Press Institute
- Boyd-Barrett, Oliver (2000): "National and International News Agencies. Issues of Crises and Realignment." *Gazette* 62 (1): 5-18
- Carroll, William K., und Robert A. Hackett (2006): "Democratic Media Activism through the Lens of Social Movement Theory." *Media, Culture & Society* 28 (1): 83-104
- Cho, Dae-yop (2006): "Korean Citizens' Movement Organizations: Their Ideologies, Resources, and Action Repertoires." *Korea Journal* 46 (2): 68-98
- Chung, Chulhee (2005): "The New Class and Democratic Social Relations in South Korea: Nascent Moves towards Non-Hierarchical and Participatory Relations." *International Sociology* 20 (2): 225-246
- Clausen, Sten-Erik (1998): *Applied Correspondence Analysis. An Introduction*. London: Sage
- Deuze, Mark (2005): "Popular Journalism and Professional Ideology: Tabloid Reporters and Editors Speak Out." *Media, Culture & Society* 27 (6): 861-882
- Diani, Mario (2004): "Networks and Participation." S. 340-359, Soule, S.A. u.a. *The Blackwell Companion to Social Movements*. Oxford: Blackwell Publishers
- Dohnanyi, Johannes von (2003): *The Impact of Media Concentration on Professional Journalism*. Wien: OSZE
- Ducke, Isa, und Eun-Jeung Lee (2004): "Das Internet – eine Plattform für politische Partizipation in Japan und Korea : Die Diskussion um die Truppenentsendung in den Irak." *Internationales Asienforum* 35 (307)326
- Hauben, Ronda (2005): *The Rise of Netizen Democracy A Case Study of the Impact of Netizens on Democracy in South Korea*, <http://www.ais.org/~ronda/new.papers/netizensskorea.txt>, Zugriff am 11.02.2007
- , (2008): "Online Grassroots Journalism and Participatory Democracy in South Korea." S. 61-82, Frank, R. u.a. *Korea Yearbook: Politics, Economy and Society 2007*. Leiden: Brill
- Jung, Mi-kyung (1994): *The Impact of Democratization on the Structure and Control of the Mass Media in South Korea*. University of Wisconsin (Diss.)

- Kern, Thomas (2005a): "Anti-Americanism in South Korea: From Structural Cleavages to Protest." *Korea Journal* 45 (1): 257-288
- , (2005b): *Südkoreas Pfad zur Demokratie. Modernisierung, Protest, Regimewechsel*. Frankfurt: Campus
- , (2008): *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Kern, Thomas, und Sang-hui Nam (2009): "The Making of a Social Movement: Citizen Journalism in South Korea." *Current Sociology* 57 (6) (in Erscheinung)
- Kidd, Dorothy (2003): "Indymedia.org: A New Communication Commons." S. 47-69, McCaughy, M. und Ayers, M.D. *Cyberactivism. Online Activism in Theory and Practice*. New York: Routledge
- Kim, Byeong-cheol (2006): *Online Citizen Journalism (Online Simin Jeoneolijeum)*. Seoul: Korean Studies Information
- Kim, Dong-Choon (2006): "Growth and Crisis of the Korean Citizens' Movement." *Korea Journal* 46 (2): 99-128
- Lee, Eun-Jeung (2005): "Internetmacht und soziale Bewegung in Südkorea." *WeltTrends* 48 (13): 53-65
- Lipset, Seymour Martin (1959): "Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Legitimacy." *The American Political Science Review* 53 (1): 69-105
- Luhmann, Niklas (1996): *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Meier, Werner A. (2004): "Gesellschaftliche Folgen der Medienkonzentration." *Aus Politik und Zeitgeschichte (B12-13)*: 3-6
- Münch, Richard (1991): *Dialektik der Kommunikationsgesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp
- Peters, Mascha (2004): "Südkoreanische Pressepolitik nach 1987 – Der lange Weg zur Demokratie." S. 151-174, Köllner, P. *Korea 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*. Hamburg: Institut für Asienkunde
- Raschke, Joachim (1988): *Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriss*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Roh, Heikyong (2002): *A Joyful Revolt: Nosamo*. Seoul: Gaemagowon
- Sawhney, Harneet, und Seungwhan Lee (2005): "Arenas of Innovation: Understanding New Configurational Potentialities of Communication Technologies." *Media Culture Society* 27 (3): 391-414
- Shin, Eui-hang (2003): "The Role of NGOs in Political Elections in South Korea: The Case of the Citizens' Alliance for the 2000 General Election" *The Role of NGOs in Political Elections in South Korea*. *Asian Survey* 43 (4): 697-715
- Shin, Kwang-Yeong (2006): "The Citizens' Movement in Korea." *Korea Journal* 46 (2): 5-34
- Trappel, Josef, Werner A. Meier, Klaus Schrape, und Michaela Wölk (2002): *Die gesellschaftlichen Folgen der Medienkonzentration: Veränderungen in den demokratischen und kulturellen Grundlagen der Gesellschaft*. Opladen: Leske und Budrich
- Youm, Kyu-ho (1989): "Press Freedom in 'Democratic' South Korea: Moving from Authoritarian to Lib-
erterian." *Gazette* 43: 53-71
- , (1994): "South Korea's Experiment with a Free Press." *Gazette* 53 (1-2): 111-126